



Im österreichischen Parlament gibt es zwei Kammern, der Bundesrat ist neben dem Nationalrat als Länderkammer eine davon. Foto: APA/Halada

Der Bundesrat stimmt vor allem parteipolitisch ab

Im Bericht des Instituts für Föderalismus wird harsche Kritik an der Länderkammer geübt. Weil sich die Bundesräte an Positionen ihrer Parteien im Nationalrat orientieren.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Für den Bundesrat, also die Vertretung der Bundesländer im Parlament, fällt der Bericht des in Innsbruck ansässigen Instituts für Föderalismus wieder ernüchternd aus. Im Vorjahr hat nämlich die Länderkammer von ihrem Recht, die Zustimmung zu einem Gesetzesbeschluss des Nationalrats zu verweigern, nicht Gebrauch gemacht. In der Regel kann sie Gesetze nicht verhindern, sondern nur aufschieben. Au-

desräte weniger im Sinne der Wahrnehmung von spezifischen Länderinteressen, sondern vielmehr entlang der Positionen der Parteien agieren würden, „die bereits im Nationalrat artikuliert wurden“.

Bußjäger spricht sich deshalb für strukturelle Änderungen im Bundesrat aus, die ohnehin von der Verfassung gedeckt wären. „Es könnten ja Landtagsabgeordnete zugleich im Bundesrat vertreten sein, das würde die Länderinteressen sicher stärken.“ Natürlich lässt sich laut Bußjäger die Parteipolitik nie ausblenden, „doch Landtagsabgeordnete sind viel stärker in die Landespolitik eingebunden und haben mehr Bezug dazu“.

Regionale Interessen müssten jedoch im Bundesrat im Vordergrund stehen, fordert der Verfassungs- und Verwaltungsexperte insgesamt mehr Rückgrat von den einzelnen Bundesratsabgeordneten. Wie steht es generell um den Föderalismus in Österreich? Bußjäger geht davon aus, dass den Ländern auch künftig ein scharfer Wind entgegenbläst.



„Die Bundesräte orientieren sich vor allem am parteipolitischen Abstimmungsverhalten im Nationalrat.“

Peter Bußjäger (Direktor des Instituts für Föderalismus)

ßer es handelt sich um Verfassungsbestimmungen, mit denen die Kompetenzen der Länder eingeschränkt werden.

Seit 1985 besteht das Vetorecht des Bundesrats, bisher hat er aber erst zweimal die Zustimmung zu Gesetzen verweigert. Fazit im Föderalismusbericht: „Diese Zahlen verdeutlichen, dass die praktische Handhabe des Zustimmungsrechts symptomatisch für die Rolle des Bundesrats im Gesamten ist.“ Der Direktor des Föderalismusinstituts Peter Bußjäger führt dies darauf zurück, dass die von den Landtagen entsandten Bun-

Bundesrat

60 Abgeordnete. Je nach dem Stimmenverhältnis bei den Landtagswahlen entsenden die Parteien Abgeordnete in den Bundesrat. Die ÖVP verfügt in der Länderkammer über 25 Bundesräte, die SPÖ über 18, die FPÖ hat zehn und die Grünen sechs. Die NEOS haben einen Bundesrat.

Fünf Bundesräte aus Tirol. Die Tiroler VP ist mit drei Mandatären im Bundesrat vertreten, SPÖ und FPÖ haben jeweils einen Bundesrat.

Standgas von VP/SP beim Wohnen reicht Bündnis nicht

Das Bündnis gegen Armut und Wohnungsnot sieht Land wie Bund gefordert, beim leistbaren Wohnraum in die Gänge zu kommen. Wie, wüsste man.

Von Manfred Mitterwachauer

Innsbruck – Der Motor läuft, jedoch mit Standgas im Leerlauf. Meter macht man so eher keine. Technisch gesehen beschreibt das sehr treffend, wie es sich aktuell mit dem Thema leistbares Wohnen in Tirol verhält. Das Bündnis gegen Armut und Wohnungsnot Tirol – ein Zusammenschluss von über 300 Einrichtungen und Institutionen sowie Dachverbänden – fordert nun die schwarz-rote Landesregierung dazu auf, „Tempo zu machen“. Doch auch die noch zu bildende neue Bundesregierung müsse angesichts der landesweit immer prekärer werdenden Wohnungsproblematik schnell in die Gänge kommen.

Es ist ein 28 Punkte umfassendes Forderungspapier, welches das Bündnis deshalb gestern auf den Tisch legte. Ein Mix aus Bundes- und Landesmaßnahmen, kurz- wie langfristigen. Ein „weiter wie bisher“ spiele sich nicht mehr, so die Aussage der Kritiker. Das nämlich könnten sich nicht nur immer mehr, sondern auch die Gesellschaft nicht länger leisten.

Familien, die ihren Kindern die Nachhilfe oder den Skikurs streichen müssen. Frauen, die verzweifelt bei ihren gewalttätigen Partnern ausharren müssen. Personen, die auch nach Abzug aller Transferleistungen noch über 40 Prozent ihres Einkommens in die Miete pumpen. All das spiegle die Facetten der Wohnungsproblematik in Tirol wider, sagen Bündnis-SprecherIn Julia Schratz (lilawohnt), Michael Hennermann (Verein für Obdachlose) und Wilfried Pleger (Verein Lebenshilfe Tirol).

Im Kampf für leistbares Wohnen gebe es kein Patentrezept, vielmehr brauche es



Wo bleibt das leistbare Wohnen? Wilfried Pleger (Lebenshilfe), Julia Schratz (lilawohnt) und Michael Hennermann (Verein für Obdachlose) legen Landes- wie (neuer) Bundesregierung ein 28-Punkte-Programm vor. Foto: Falk

„Derzeit sind es noch viele Überschriften im Programm der Landesregierung. Es fehlt die Umsetzung.“

Wilfried Pleger (Verein Lebenshilfe Tirol)

„Es braucht Landesvorgaben für die Gemeinden, um die Förderungen zu vereinheitlichen.“

Julia Schratz (lilawohnt)

„Die Wohnbauförderung ist ein Spitzeninstrument – es müssten sich nur die Prioritäten verschieben.“

Michael Hennermann (Verein für Obdachlose)

ein Bündel an Maßnahmen, sagt Hennermann. Dabei habe die seit Herbst 2022 im Amt befindliche VP-SP-Landesregierung im Koalitionsvertrag durchaus gute Ansätze festgehalten. Nur: Viele davon seien über ihren Überschriften-Status noch nicht hinausgekommen, wie Pleger aufzeigt: „In der Umsetzung fehlt noch viel.“

Der Bund, so die Forderung, müsse das „Grundrecht auf Wohnen“ in den Verfassungsrang heben oder auch das Mietrechtsgesetz ändern.

Das Land seinerseits könne und müsse sowohl lang- als auch kurzfristige Maß-

nahmen setzen, betont das Bündnis. Erstere wären in der Raumordnungs- und Widmungspolitik zu suchen und zu finden. Die Rede ist von der Ausweisung von Vorbehaltsflächen für geförderten Wohnraum, einer Wohnbauförderung, die weniger das Eigentum und mehr die gemeinnützigen Bauträger unterstütze, oder aber auch eine Leerstandsabgabe, die endlich ihrem Namen auch gerecht werde.

Wohnkosten-Verordnung

Das, was alles unter kurzfristigen Hilfen zu subsumieren ist, betrifft in erster Linie die

Sozial- und Transferleistungen. Wie etwa die Mietzinsbeihilfe. Hier, so Schratz, sei es höchst an der Zeit, dass das Land den Gemeinden einheitliche Richtlinien vorschreibe. Wie etwa die Anwartschaft ab dem ersten Hauptwohnsitz-Tag. Im Bereich der Mindestsicherung gehöre die so genannte „Wohnkostenverordnung“ neuerlich adaptiert und den realen Marktpreisen am Tiroler Mietwohnungsmarkt angeglichen.

Freilich: Vieles davon sind Punkte, die das Bündnis der schwarz-roten Koalition bereits zu deren Amtsantritt ans Herz gelegt hatte.

Fahrverbote werden verschärft

Stauchaos am Brenner: Heute wird deshalb über mögliche Maßnahmen diskutiert.

Innsbruck – Stillstand auf der Brennerautobahn und auf der Bundesstraße. Die Politik ist alarmiert, der Handlungsspielraum gering. Warum? Der Grenztunnel am Brenner auf Südtiroler Seite ist aufgrund dringender Sanierungsarbeiten nur eingeschränkt benutzbar. Die Belagsanierung auf der Luegbrücke muss laut Autobahnbetreiber Asfinag dringend vor dem Winter erfolgen. Die Brückenbauwerke, die aktuell entlang der Landesstraße im Wipptal saniert werden, können nur in der Niedrigwasserperiode in Angriff genommen werden. Dadurch bleiben den Straßenerhaltern aktuell kaum noch Zeitfenster, um wichtige Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen durchzuführen. Insbesondere, weil sich der Reiseverkehr mitt-



Ein gewohntes Bild am Brenner – sowohl auf der Autobahn als auch auf der Bundesstraße: Stau, Stau, Stau ... Foto: Falk

lerweile fast auf das ganze Jahr erstreckt.

Wegen der negativen Erfahrungen vom Wochenende hat deshalb Landeshauptmann Anton Mattle (ÖVP) heute zu einer Besprechung eingeladen. Der für

die Landesstraßen zuständige Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler (VP), Sicherheitslandesrätin Astrid Mair (VP), Verkehrslandesrat René Zumtobel (SPÖ), Planungsverbandsobmann Florian Riedl, die Bezirks-

hauptmannschaft sowie die Abteilungen Verkehrsrecht, Landesstraßen und Mobilitätsplanung und Vertreter der Asfinag werden daran teilnehmen.

Das Land will nämlich in den nächsten Wochen verstärkte Maßnahmen ergreifen, um die Stauzeiten zu verringern. Deshalb stehen die Lkw-Fahrverbote, die Abfahrverbote sowie deren Kontrollen auf dem Prüfstand. Ebenso möchte die Landesregierung über die Baustelleneinrichtungen und die Abwicklung der Baustellen diskutieren. Ziel sei es, die Baustellen auch schnellstmöglich wieder abzuschließen, heißt es. Die Hoffnung des Landes für die nächstjährige Sanierung der Luegbrücke: An besonders starken Reisetagen kann sie zweispurig geführt werden. (pn)